

Auer Tageblatt

Bezugpreis: Durch unsere
Solen frei ins Haus monatlich
30 Pfg. Bei der Geschäftsstelle ab-
geholt monatlich 20 Pfg. wöchent-
lich 30 Pfg. Bei der Post bezogen und
jährlich abgeheft vierjährlich 2.40
Mk., monatlich 30 Pfg. Durch den
Briefträger frei ins Haus vierstet-
jährlich 2.00 Mk., monatlich 24 Pfg.
Erhalten täglich in den Mittagsstun-
den, mit Ausnahme von Sonn- und
Feiertagen. Unsere Zeitungsan-
träger und Ausgabestellen, sowie
alle Postkonten und Briefträger
nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die nach-
gelassene Zeile oder deren
Raum für Anzeigen aus Aue und
dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg.,
sonstige Anzeigen 25 Pfg., Na-
mensanzeigen für Aue und den
Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., sonst
30 Pfg. Bei größeren Abzählungen an-
sprechender Rabatt. Anzeigenan-
nahme bis spätestens 9 1/2 Uhr son-
ntags. Für Fehler im Satz kann
Gewähr nicht geleistet werden,
wenn die Aufgabe der Anzeige
durch Fernsprecher erfolgt oder das
Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 14

Donnerstag, den 17. Januar 1918

13. Jahrgang

Der Frieden auf dem Marsche!

Unsere militärische Lage glänzend! / Unsere finanzielle Küftung gesichert!

Zur Kohlenversorgung.

Die große Kohlenknappheit, unter der heute jedermann mehr oder minder, unmittelbar oder mittelbar leidet, läßt allgemein die Frage aufwerfen, welche Gründe dazu führen, daß auch dem deutschen Reich, dessen Kohlenerschätze noch für Jahrtausende reichen, ein Kohlenmangel nicht erspart bleibt. In milderer Form kannten wir ja auch im Frieden den Kohlenmangel zu Hochkonjunkturzeiten, wenn die Produktion dem vermehrten Bedarf nicht genügte, und als eine Saisonerscheinung im Herbst, wenn die Eisenbahnen durch die Müllentransporte so sehr in Anspruch genommen wurden, daß der Wagenpark zur vollen Wagengstellung für die Kohlenzwecke nicht mehr ausreichte. Der Krieg hat diese beiden Erscheinungen verschärft: Die Kohlenproduktion bleibt hinter dem Kohlenbedarf zurück, und im Herbst und Winter vergrößert sich der Bedarf noch ganz bedeutend dadurch, daß der Kohlentransport weit hinter der Produktionsmöglichkeit zurückbleibt. Aus diesen Verhältnissen ergeben sich drei Aufgaben:

1. Steigerung der Kohlenproduktion.
2. Verbesserung der Transportverhältnisse.
3. Soweit die beiden vorerwähnten Maßnahmen nicht zur vollen Bedarfsdeckung führen, Verteilung der verfügbaren Kohlen auf die Verbraucher nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit.

Die Kohlenproduktion hat sich von dem starken Rückschlag zu Beginn des Krieges immer mehr erholt und sich wieder dem Friedensstande genähert. Die geringere Zahl der Arbeiter und ihre unter den Kriegseinflüssen allmählich herabgehende Leistungsfähigkeit versucht man auszugleichen, indem Bergleute aus dem Heeresdienst freigemacht werden und indem die Arbeiter mehr Schichten als im Frieden versahren. Was der Bergbau an Maschinen und Material bedarf, wird ihm zur Verfügung gestellt. Es ist diesen zielbewussten Bemühungen gelungen, dem Bergbau trotz dauernder Zunahme der technischen Erschwernungen eine Leistungsfähigkeit zu erhalten, die bei genügender Arbeiterzahl wohl eine Deckung des Bedarfs ermöglichen würde. Die Zahl der gelernten Bergleute läßt sich aber nicht beliebig steigern, zumal nicht alle Bergleute im Heere entbehrlich werden können.

Der Kohlentransport leidet zurzeit in gleicher Weise, aber in sehr verstärktem Maße unter den Schwierigkeiten, die alljährlich im Herbst und Winter bei den Eisenbahnen in Gestalt des Wagenmangels und bei der Schifffahrt durch das Zufrieren der Wasserstraßen eintreten. Im Frühjahr und im Sommer können Eisenbahnen und Schifffahrt die ganze Kohlenproduktion glatt aufnehmen und befördern. Im Herbst aber bringen die Kartoffel- und Müllentransporte meist eine Ueberlastung der Bahnen mit sich, und im Winter führen Eis und Schnee Störungen herbei. Im Kriege haben sich die Verkehrsbedingungen natürlich nicht gebessert. Jedoch konnten die Eisenbahnen auch im vergangenen Sommer die Kohlenproduktion noch vollkommen bewältigen. Jetzt im Winter ist die Kohlenfrage also lediglich eine Transportfrage. Eine Produktionssteigerung ist zurzeit zwecklos, meist sogar unmöglich, weil die Mengen nicht abtransportiert werden können. Für den Augenblick aber kann alle Hilfe nur von der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse kommen. Eines der hierzu angewandten Mittel ist die Einschränkung des Personenverkehrs, wodurch die Strecken für die kriegswichtigen Transporte freier gemacht, der Wagenumlauf beschleunigt und die Wagengestellung an den Besen verbessert werden.

Die staatliche Regelung der Kohlenverteilung wurde im vorigen Winter aufgenommen, als der stark anwachsende Bedarf der Kriegswirtschaft den Kohlenmangel bedenklich verschärfte. Drei Gesichtspunkte traten dabei in den Vordergrund:

1. Ausgleich zwischen Sommer und Winter durch Vorratsansammlung.
2. Sicherung der Belieferung der wichtigsten Verbraucher.
3. Einschränkung und nötigenfalls Einstellung der Belieferung weniger wichtiger Verbraucher.

Als der Reichskohlenkommissar Ende Juni die planmäßige Durchführung seines Programms begann, konnte er die wichtigste Aufgabe der Vorratsbildung nur noch in beschränktem Maße durchführen, wodurch natürlich für

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 17. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Verhandlungsgesuche.

Nördlich von Passchendaele, an der Scarpe, bei Vendhuile und bei St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Cernobogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

den Winter die zweite Aufgabe: Sicherung der Belieferung der wichtigen Verbraucher erschwert wurde. Am schwierigsten ist es, die notwendigen Einschränkungen des Verbrauchs planmäßig nach kriegswirtschaftlich richtigen Gesichtspunkten durchzuführen, weil hier das verständliche und an sich berechtigte Privatinteresse entgegensteht. So erklärt es sich, daß die Kritik noch mancherlei Angriffspunkte findet. Darüber darf man aber nicht vergessen, daß die Kohlenverteilung keine Kohlen schafft und daß sie eine volle Deckung des Bedarfs angesichts der Kriegsnotwendigkeiten nicht ermöglichen kann.

In diesen Tagen liegt der Druck des Kohlenmangels am schwersten auf uns. Aber man darf annehmen, daß wir den Höhepunkt der Krisis bald überschritten haben werden, und man kann schon heute sagen, daß er überwunden werden wird, ohne daß im Feld und in der Heimat die Kraft zum Zurückhalten Schaden leidet.

Politische Uebersicht.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die gegenseitige Annäherung.

Wie wir schon gestern mitgeteilt haben, hat in den inzwischen wieder ausgenommenen Verhandlungen der deutsch-österreichisch-russischen Kommission, die mit der Regelung der territorialen und politischen Fragen betraut ist, trotz noch vorhandener starker Gegensätze in den beiderseitigen Auffassungen eine unverkennbare Annäherung stattgefunden. Es liegen heute die ausführlichen Verhandlungsberichte vor, deren Wiederergabe uns der Raummangel leider verbietet. Aus ihnen geht hervor, daß die Verhandlungen der vorerwähnten Kommission sich in der Hauptsache um die Auslegung des Begriffes des Selbstbestimmungsrechtes der Völker drehen. Die Russen wollen z. B. den von der kurländischen Landesversammlung ausgesprochenen Wunsch, unter deutscher Oberhoheit zu kommen, nicht als Ausdruck des Volkswillens der Kurländer anerkennen, während die deutschen Vertreter daran festhalten, daß die Kurländer durch die Kundgebung dieser Versammlung ihren Willen hinreichend betätigt haben. Auch verlangen die Russen, daß die deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten zurückgezogen werden, ehe die von ihnen gewünschte Volksabstimmung stattfindet, während die Deutschen auf dem Standpunkt stehen, daß das Verbleiben der Truppen im Interesse der Sicherheit und Ordnung bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens unerlässlich ist. Trotzki, der Leiter der russischen Delegation, erschröpfte sich auch diesmal wieder in staatsrechtlichen Ausführungen, aber, ohne daß er dem deutschen Standpunkte wesentliches Entgegenkommen bewiesen hätte, ging aus seinen Darlegungen doch die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen hervor, so daß man hoffen darf, daß, wenn auch noch mancherlei ernste Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, eine Einigung über die Vorbedingungen des Friedens in Brest-Litowsk doch noch zu Stande kommen wird.

Neutrale Stimmen über Brest-Litowsk.

„Nieuwe Rotterdammer Courant“ schreibt: Trotzki hat selbst gesprochen und hat andere sprechen lassen, als ob er der Vertreter eines siegreichen Staates wäre. Rußland hat aber noch nicht gesiegt. Was tun seine Vertreter denn eigentlich bei den Friedensverhandlungen noch? Suchen sie vielleicht nur eine bequeme Gelegenheit, um für ihre maximalistischen Theorien Weltpropaganda zu machen oder sind sie wirklich naiv genug, zu glauben, daß sie, obwohl geschlagen und ohne Macht, ihre Gegner nur durch Frieden soweit bringen können, so, als ob sie geschlagen wären? „Maasbode“ schreibt: Herr v. Kühlmann hat das ganze Register seines diplomatischen Talentes meisterhaft spielen lassen, um den Russen den Standpunkt der Deutschen hinsichtlich der besetzten Gebiete und ihrer Räumung annehmbar zu machen. Es hatte dann und wann den Anschein, als ob er die Gegenpartei in die Enge treiben und zu Zugeständnissen zwingen würde. Aber das von ihm gesponnene diplomatische Netz wurde durch den harten und unwandbaren Doktrinarismus der russischen Delegation und vor allem Trotzki zerissen.

Ein bayerischer Vertreter in Brest-Litowsk.

Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Radewitz nach Brest-Litowsk begeben.

Englische Hoffnungslosigkeit über Rußland.

Der „Times“-Korrespondent in Petersburg berichtet über die innere Auflösung in Rußland und die unerträglichen Verhältnisse in der Hauptstadt. Alle unsere Anstrengungen, den Boden für eine Eroberung des Handels auf den russischen Märkten vorzubereiten, werden, so schreibt der Korrespondent, wie ich fürchte, vergeblich gewesen sein. Dasselbe kann von der englischen Propaganda in Rußland gesagt werden, die unserer Regierung beträchtliche Kosten verursacht hat. Diese Propaganda betätigte sich hauptsächlich unter den russischen Soldaten, die sich aber ihr gegenüber leidet im großen und ganzen vollkommen gleichgültig verhalten haben.

Ein Attentat auf Lenin?

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Als Lenin gestern (Montag) eine Abteilung sozialistischer roter Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert.

Der preussische Finanzminister über die Lage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus brachte gestern der neue Finanzminister Hergt den Etat für 1918 mit einer wirkungsvollen Rede ein. Er sagte: Wenn wir die Bilanz ziehen, so können wir zu unserer Genugtuung feststellen, daß sie zu unseren Gunsten abschließt. Das Bewußtsein neugewonnener Befestigung macht sich allgemein geltend. Wir werden durchhalten! Was sollen manche Mängel bedeuten gegenüber den gewaltigen Verschiebungen auf dem Welttheater, die sich vollzogen haben? Wir stehen militärisch glänzend da nach den unergleichen Ruhmestaten unseres Heeres und unserer Flotte. Den Russen ist der Atem ausgegangen. Das Vertrauen zu seinen Bundesgenossen ist geschwunden. Ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung sind die Sonderfriedensverhandlungen im Osten.

Der Frieden ist auf dem Marsche und wird auf dem Marsche bleiben! Je länger sich die Feinde im Westen sträuben, um so günstiger müssen die Bedingungen für uns werden. Deutsche Wissenschaft und deutsche Technik haben uns im Kriege unabhängig von Fremdenversorgung gemacht. Die Kriegswirtschaften und ihre Ermengenschaften bedeuten einen wertvollen Zuwachs zu unserem Volkvermögen. Diese Ermengenschaften werden wir in die Friedenswirtschaft mit Hinübernehmen. Sollte es den Gegnern einfallen,

und einen Wirtschaftskrieg aufzuzwingen, dann werden wir auch in diesem Kampfe ebenbürtig bestehen. In dem Maße, wie es uns besser geht, geht es den Feinden schlechter. Die Arbeit der Unterseeboote wirkt. Die Schiffsausrüstung und auch die Kapitalnot des Feindes ist ein als den Weltkämpfer bezeichnete, welche Best führen sie uns gegenüber noch große Worte. Wir aber merken, wie groß ihre Not ist, wenn wir hören, wie die Engländer nach der großen Armees über Wasser rufen. Die große Armees über Wasser kann nicht schwimmen. Sie kann nicht fliegen. Sie wird nicht kommen. (Schloffer Beifall.) Wenn die Gegner dann mit Friedensvorschlägen kommen, dann wird das Friedensangebot wesentlich anders lauten als das, das sie jetzt in kühler Ueberhebung abgelehnt haben. Die Neutralen haben eine gute Illusion dafür, wohin sich die Waagschale neigt. Wir sehen, wie kräftig unsere Valuta steigt. Die deutsche Kriegsanleihe ist auch im Auslande ein vollwertiges Anlagepapier geworden. Wir brauchen nicht zu erschrecken vor der Höhe der Kriegsschuld. Die Kriegsschuld bleibt bei uns im Lande, während sie bei unseren Gegnern aus dem Lande hinausgeht.

Der Minister führte dann noch aus: Ganz selbstverständlich wird jeder preussische Finanzminister darauf bestehen, daß die Einkommen- und Vermögenssteuer den Bundesstaaten verbleibt. Unser aller herzlichster Wunsch ist, daß der Friede bald kommt. Wenn die Gegner es aber anders wollen, wenn sie wollen, daß der Krieg auch noch weit in das Jahr 1918 hinein dauert, so sollen sie wissen, daß wir auch darauf gerüstet sind. Unter Zufuhrenahme der alten soliden Finanzgebarung werden wir über alle Schwierigkeiten der Zukunft hinwegkommen.

Das veraltete Herrenhaus und die Friedensfrage.

Graf v. Behr-Behrenhoff, Graf v. Kaysersling-Neustadt, Dr. Graf York v. Wartenburg haben im Preussischen Herrenhaus folgenden Antrag eingebracht: Das Herrenhaus spricht die Überzeugung aus, daß die kaiserliche Staatsregierung auf einen Frieden hinarbeiten wird, bei dessen Abschluß die dem Deutschen Kaiser in Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte vollgewahrt werden. Dieser Frieden muß den gebrachten Opfern, den Bedürfnissen militärischer Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden.

Clemenceaus Spiel mit dem Feuer.

Zur Verhütung Caillaux. Es ist erreicht! Joseph Caillaux ist, wie schon mitgeteilt, unter Schloß und Riegel im Gefängnis für Straßburg zu Vincennes. Ministerpräsident Clemenceau hat endlich das Schriftstück gefunden, „dessen Bedeutung und Wichtigkeit“, wie die Pariser Blätter werden, „nicht geschätzt, Caillaux länger auf freiem Fuß zu lassen“. In jedem richtiggehenden französischen Staatsverbrechen spielt ein Schriftstück die treibende Rolle. In der Drehfussaffäre war es das Bordereau, es war eine Fälschung. Und merkwürdig, derselbe George Clemenceau, der damals über Drehfus kurz vor dem Umsturz schrieb: „In jedem Falle ist der Hauptmann unrichtig, unter Verletzung der gesetzlichen Formen schuldig gesprochen worden“, derselbe Clemenceau hat diesmal fast allein das ganze Holz für den Scheiterhaufen zusammengetragen, auf dem die Ehre seines Todfeindes Caillaux schmoren soll. Es kommt dem blutdürstigen Diktator jetzt auf einen Justizmord mehr oder weniger nicht an. Clemenceau ist tatsächlich zum Äußersten entschlossen. Aber wie auch das Verfahren gegen den verhafteten Caillaux ausgehen mag, ob mit einer Freisprechung des Kriegesgerichts oder mit dem Knall eines Peltons Soldaten, das Spiel des Diktators erscheint zu wichtig, um gewonnen werden zu können. Clemenceau hat zur letzten geschäftlichen Waffe gegriffen, die einen Staatsmann zu Gehörsamkeit, der einen jeden Preis einen vom Volke herbeigeschickten Frieden verhindern und so zur Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten zwingen will; er hat die Freunde des Friedens des Berrats am Vaterland angeklagt, um sie zu verderben und ihre Gesandtschaft irre zu machen. Das ist ein probates Mittel, besonders in Frankreich, aber es kann sich inlitten im Kriege leicht gegen den Staatsmann wenden, der es seinen häßlichen Frieden dienstbar machen möchte. Für den Augenblick ist es Clemenceau gelungen, einen schlimmen Hohn ins französische Volk zu tragen, angeht es des Feindes, der heute wieder drohender als jemals wenig mehr als hundert Kilometer von seiner Hauptstadt entfernt in Waffen steht. Die Wüste Caillaux wird auf lange Zeit hinaus Haß, Haber und Mühen in Frankreich ansuchen, und diese Blut kann bloßlich zur heißen vergehenden Flamme aufschlagen. Es gibt keinen Ausweg aus der finsternen Sackgasse, in welche Clemenceau sich und das französische Volk in seinem blinden Eifer berrannt hat.

Clemenceau zum Fall Caillaux.

Die französische Kammer erörterte am Dienstag die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Lafont über die Maßnahmen, welche die Regierung zu treffen gedenkt, um den Nachkriegsbedingungen in der Angelegenheit zur Untersuchung im Falle Caillaux Lichtung zu verschaffen. Lafont wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Uebereinstimmung mit dem geltenden Strafrechtsgesetz stehen. Eine Vermählung wurde unbeschadet geschlossen, nämlich die Unmöglichkeit des Annullations. Dieser kann daraus die

Schicksal des aufgefundenen Schriftstückes bestritten. Bekanntlich ist Caillaux verhaftet worden, weil man in Florenz in Caillaux dortiger Wohnung einen Geheimvertrag mit angeblich verhafteten Akten entdeckte. (Red.)

Unterstaatssekretär Ignace erklärte, als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörigen Geheimvertrages erfuhr, daß der Untersuchungsrichter die Behörden um die Ernennung eines Untersuchungsausschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden hätte. Von diesem Augenblick ab stand den Justizbehörden des fremden Landes die Deckung des Geheimvertrages zu. Dies geschah in aller Ordnung und auf legale Weise. Die äußerste Linie erhob Einspruch, die Mehrheit der Kammer blieb ruhig.

Clemenceau antwortete, er könne Lafont das selbe antworten, was Ignace ihm sagte, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiet überwiegen sei. Clemenceau sagte weiter: Wir haben einen Ausschuss an die italienische Regierung abgeordnet. Diese ist eine ehrenhafte Regierung. Wir haben kein Vertrauen zu haben und nicht zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetz verfahren sei. Und wenn sie es täte, wären wir nicht dafür verantwortlich.

Das Geheimnis.

„Giornale d'Italia“ schreibt, das Geheimnis, welches Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen Madame Renoud besaß, ist letzte Woche geoffenbar worden. Es enthielt Schmuckstücken im Werte von ungefähr 1/2 Million, russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1/2 Million und drei politische Karten. Eine der Karten enthielt ein ausführliches politisches Programm, welches in Frankreich verwirklicht werden sollte, wenn Caillaux zum Ministerpräsidenten ernannt worden wäre. Dies Programm würde in Wirklichkeit ein Attentat gegen den Staat dargestellt haben. Es sieht die Schaffung neuer Staatsorgane vor, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Sarraill anvertraut werden sollte. Die neue Regierungsform in Frankreich wäre im wesentlichen von der gegenwärtigen verschieden gewesen, hätte den Senat mehr eingeschränkt als gegenwärtig und die Kammer noch mehr in ihren Befugnissen eingeschränkt. Der phantastische Plan Caillaux' war voll Einzelheiten über die Zusammensetzung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung von Paris, besonders während des Regierungswechsels, und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs im Auslande, die sämtlich gewechselt worden wären. Die Nachforschungen sind im Lauffrage der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

Gegen ein Getreidemonopol.

Wingabe des deutschen Handelstages.

In einer an den Reichstag gerichteten Eingabe weist der Deutsche Handelstag auf die erheblichen Bedenken hin, welche der Einführung eines Getreidemonopols nach dem Kriege entgegenstehen. Es wird betont, daß man bloß durch die gewaltsame Unterdrückung des nur bestehenden Handelsgewinns dem Reiche keine erheblichen Einnahmen zuführen könne, sondern ausschließlich dadurch, daß man die Preise von Getreide, wie nötig ist, um eine bestimmte Summe an Einnahmen aus dem Monopol zu erzielen. Für eine solche Verteuerung des Brotes sollte aber im neuen Deutschland kein Platz sein! Auch die technischen Schwierigkeiten des Getreidegeschäfts würden nach Ansicht des Deutschen Handelstages für die Monopolverwaltung unüberwindlich sein und eine gleichmäßige Versorgung des Marktes ebenso wie eine planmäßige Vorratswirtschaft beeinträchtigen. Besonders gefährlich werden die zahlreichen ungünstigen Rückwirkungen des Getreidemonopols auf die landwirtschaftliche Erzeugung, den Getreidehandel, die Mälerei und andere Gewerbegebiete. Mit Nachdruck fordert der Deutsche Handelstag, daß diese Fragen der Preisgestaltung von Wehl und Brot nicht zum Gegenstand politischer Machtkämpfe werden und die unerschütterlichen Gegensätze zwischen Stadt und Land nach dem Kriege noch verschärft werden. Der Gedanke eines Getreidemonopols möge daher endgültig fallen gelassen und der Handel möglichst bald wieder zum Nutzen der Allgemeinheit an der Beschaffung von Broitgetreide und Wehl beteiligt werden.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Die Zweite Kammer trat gestern mittag in Gegenwart des Finanzministers v. Seydewitz und zahlreicher Kommissare zu ihrer 15. ordentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand lediglich die Schlußberatung über den mündlichen Bericht des Finanzkommissions D über das königliche Dekret Nr. 7, betreffend den Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 und die Aufnahme eines Staatsanleihe für dieses Unternehmen. Abg. Giesberg (natl.) beantragte als Vorsitzender der Deputation, die Kammer wolle beschließen: 1. zum ordentlichen Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 nach der Vorlage a. die Einnahmen und Ausgaben mit 5.617.575 M. zu bewilligen, 2. zum außerordentlichen Haushaltsplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf die Jahre 1918 und 1919 zusammen 4.029.150 M. zu bewilligen.

Dr. Schanz (natl.) wies darauf hin, daß er in der Vorberatung sachliche Bedenken gegen den Antrag des Staatsrats geäußert habe. Das Interesse des Staates zwinge jedoch, das Werk anzufangen. Der Preis sei angemessen und das Werk sei gut und hochmodern eingerichtet. Man könne auch mit der im Dekret angegebenen Rentabilität rechnen. Seine grundsätzlichen Bedenken seien allerdings nicht geäußert worden, da es das Verlangen des Staates, in den Kleinbetrieben der einzelnen Gemeinden einzugreifen, nicht für richtig halten könne. Es habe auch das Bedenken, daß das Postland bei der Annahme des Gesetzeswerkes genau so schlecht wegkommen werde wie in der Frage des Eisenbahnen. Jedenfalls hätte er bei der Regierung, bei der Verfassung mit Rücksicht auf alle in den Gegenden anzuwendenden, die notwendig seien. Insbesondere müßte durch die Errichtung eines Werkes im Westen für die Versorgung mit Elektrizität Sorge getragen werden. Der Kammerrats trat zum Schluß für einen großartigen Plan ein, durch den die gesamte Elektrizitätsversorgung für das ganze Königreich Sachsen durchgeführt werde. Abg. Schanz (natl.) wendet sich gegen einige Ausführungen

des Berichterstatters. Er glaube nicht, daß die Regierung die Absicht habe, ein Staatsmonopol für Elektrizität einzuführen, obgleich man nach manchen Maßnahmen darauf schließen könne. Nach seiner Meinung sei der Kaufpreis für die Elektrizitätsunternehmen viel zu hoch. Er seien auch zu wenig Abschreibungen vorgenommen worden. Der Kammerrats wies dann aber den Uebergang aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, wobei man sich vor allen überhöhten Maßnahmen hüten müsse. Dies gelte auch für das staatliche Elektrizitätsunternehmen. Abg. Schanz (natl.) äußert Bedenken gegen den Antrag des Staatsrats und wünscht eine ausführlichere Stellungnahme des Landesparlamentes. Abg. Wittig (natl.) vertritt den Standpunkt der Gemeinde. Nach einer weiteren Aussprache, in der Minister v. Seydewitz einige Bedenken des Vorredner gestreute, wurde die Vorlage angenommen.

Personalveränderungen im Ministerium des Innern.

Koscher, Dr. Dehne, Stabler.

Der langjährige verdiente Leiter der Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel im Ministerium des Innern, Excellenz Wirkl. Geh. Rat Dr. Koscher beabsichtigt, am 1. April d. J. in den Ruhestand zu treten. Zu seinem Nachfolger ist der Bevollmächtigte zum Bundesrate, Ministerialdirektor Dr. Dehne in Berlin, auszuwählen. Die gleiche Ministerial-Abteilung verliert übrigens bereits am 31. Januar einen bewährten Referenten in der Person des Geh. Rat Stabler, der sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen hat, ebenfalls um seine Veretzung in den Ruhestand nachzusuchen. Aus dem Lebensgange der drei Beamten sei dannstehende mitgeteilt:

Dr. Koscher. Am 18. Juli 1840 zu Göttingen geboren, besuchte Koscher bis 1862 das Nikolai-Gymnasium zu Leipzig und von da bis Michaelis 1866 die Fürstenschule zu Weihen. Er studierte in Göttingen und Leipzig Rechts- und Staatswissenschaften, trat beim Gerichtsamt Dösch in den Justizdienst, wurde am 1. Juli 1871 Staatsdiener, war von Februar 1872 bis März 1879 Sekretär der Handels- und Gewerbekammer Jütta, wurde aber zum 1. April 1879 als Hilfsarbeiter und Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen, dem er seitdem ununterbrochen angehört. Er wurde im Oktober 1900 Geheimrat und im Januar 1903 als Nachfolger des Geh. Rates Dr. Vogt Direktor der Ministerialabteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel. Er veröffentlichte früher bedeutende rechts-, staatswissenschaftliche und volkswirtschaftliche Arbeiten, außerdem noch zahlreiche kleinere aber immer wichtige, insbesondere Kindererziehungskultur, sowie über Kunst. Seine Verdienste wurden an Allerhöchster Stelle durch Verleihung des Titels und Ranges eines Wirklichen Geheimen Rates mit dem Vorklasse-Ordens, sowie des Komturs 1. Klasse des Verden- und des Albrechtsordens ausgezeichnet.

Geheimer Rat Dr. Dehne wurde am 13. Januar 1878 in Dresden geboren. Von 1893 bis 1898 studierte er in Leipzig die Rechte und wurde im Jahre 1901 zum befristeten Stadtrat in Leipzig gewählt. Nachdem er dort bereits ein Jahr später als Bürgermeister an die Spitze der Stadtverwaltung getreten war, wählten ihn die städtischen Kollegien nach kurzer Amtsdauer zum Bürgermeister. Von dem Bürgermeister Dr. Dehne am 1. Juli 1908 das Amt eines befristeten Stadtrats in Dresden, das er bis zum 30. Juni 1912 bekleidete. Seit dieser Zeit war er Oberbürgermeister von Plauen: im Vogtland und Mitglied der ersten Stadtkammer. In dieser Stellung hat er insbesondere in der Kriegszeit seine starke Auktivität zum Wohle des ihm anvertrauten Gemeinwesens in voller Umfange eingesetzt. Am 25. Mai 1916 erfolgte seine Berufung in die Vorstand des Kriegsverwaltungsamtes in Berlin, und von diesem Tag an wurde er von seinen oberbürgermeisterlichen Geschäften entbunden. Bereits am 16. August desselben Jahres erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Sachsen in Berlin. Dieser Posten trat er am 1. Oktober 1916 an.

Geh. Rat Stabler wurde am 8. Juni 1857 (als Sohn des späteren Bürgermeisters Stabler) geboren. Am 1. August 1884 trat er in den sächsischen Staatsdienst, und zwar bei der Königl. Polizeidirektion Dresden, war als Bezirksoffizier bei den Unteraufseherämtern Schwarzberg und Plauen tätig und wurde 1892 zum Regierungsdirektor ernannt. Am 1. April 1901 in Ministerium des Innern berufen, wurde er im April 1902 zum Oberregierungsrat, am 1. April 1908 zum Geheimen Regierungsrat und Vortragenden Rat ernannt und erhielt im Mai 1910 den Titel Geh. Rat.

Kleine politische Meldungen.

Hindenburg und Ludendorff haben Berlin wieder verlassen.

Die Beratungen des Hauptauschusses. Wann die politische Debatte im Hauptauschuss des Reichstages wieder aufgenommen wird, ist noch ungewiß. Vorläufig will der Hauptauschuss die Frage der Zensur ausgiebig erörtern. Unter den Abgeordneten fast aller Parteien ist die Ansicht vertreten, daß die Zensurenverhältnisse so unhaltbar geworden seien, daß endlich Wandel geschaffen werden müsse.

Eine Erklärung der Deutschen Vaterlandspartei. Der „Tagl. Rundschau“ wird zu dem Schreien, welches an zahlreiche Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei verfaßt worden ist und zu einem Protestaufruf von Eingaben aufforderte, mitgeteilt, daß mit diesen Schreien der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei nichts zu tun hat. Es ist, wie Nachforschungen ergeben haben, ohne seine Kenntnis von jedem einzelnen Mitgliede verfaßt worden. Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei mißbilligt, wie sich von selbst versteht, ein derartiges Vorgehen auf das entschiedenste.

Der Kampf um das Reichstagsmandat. Die Sozialdemokratische Partei hat für das durch den Tod des Abgeordneten Stabthagen erledigte Reichstagsmandat in dem Reichswahlkreis Niederbarnim, der die industriellen Vororte des Nordens von Berlin umfaßt, den Arbeiterführer Rudolf Wiesel aufgestellt. Wiesel, der auf dem Witzgraben-Parteiabend ein Referat über die Sozialpolitik nach dem Kriege erstattete, war ursprünglich Metallarbeiter. Die Auffstellung des Schriftstellers Dr. Rudolf Bretschneider, der in der rath vererbten „neubürgerlichen“ Bewegung eine Rolle spielte, sich dann der sozialdemokratischen Partei anschloß. Bei der Spaltung ging er zur äußersten Linken. Man muß somit mit einem erbitterten Wahlkampf rechnen, bei dem jede der beiden sozialistischen Gruppen alle Kraft aufbieten wird. Der frühere Mandatsinhaber Stabthagen gehörte zu der unabhängigen Richtung, die Berlin und Umgebung neben Leipzig als ihre Hochburg betrachtet. Sie wird alles daran setzen, den Kandidaten des Scheibemann-Fraktionen zu werfen. 1912 wurden für Stabthagen 22.550 Stimmen abgegeben. Die Reichspartei erzielte 20.078, die fortschrittliche Volkspartei 18.801, das Zentrum 2294, die Polen 556 Stimmen.

Umgebung des ungarischen Kabinetts. Nach Witterungsbedingungen dürfte sich in der nächsten Zeit eine Umdeutung des Kabinetts Defekts nachsehen, und zwar in der Form, daß die gesamte Regierung ein Kabinettsgeheim überreicht und der jetzige Ministerpräsident Defereit mit der Neubildung des Kabinetts betraut wird. Der Ministerpräsident dürfte vor dem König in Wien erscheinen und ihm Vorschläge unterbreiten.

Neutralitätsverklärung Finnlands. Aus Stockholm wird berichtet: Als Ministerpräsident Svinhufvud im finnischen Landtag die amtliche Festlegung vorlas, nach der Schweden, Dänemark und Deutschland zuerst Finnlands Selbstständigkeit anerkannt haben, brachte der Landtag ein dreifaches Hoch auf jene Mächte aus. Bei dieser Gelegenheit verbandete Svinhufvud die feste Neutralität Finnlands, und der Landtagspräsident Junfors stellte auch mit, daß Frankreich und seine Verbündeten, England, Italien und die Vereinigten Staaten, entschlossen seien, Finnlands Selbstständigkeit unverzüglich anzuerkennen.

Ein interessantes Bericht Salga. Ein Bericht des englischen Oberbefehlshabers Salga, der in London veröffentlicht wurde und der sich mit den militärischen Operationen an der Westfront während des Jahres 1917 beschäftigt, ergibt sich in höchst vortheilhaftem Ausmaß über die Art des Zusammenarbeitens zwischen den englischen und französischen Armeen. Salga wies aus,

das einzelne der französischen Soldaten... (Text continues in small columns on the right edge)

Japan and... (Text continues in small columns on the right edge)

Große Unge... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

Die Minen... (Text continues in small columns on the right edge)

das einzelne der geplanten u. v. festgesetzten Operationen auf Grund...

Der Mißbrauch des Roten Kreuzes durch England. Einem Briefe aus England zufolge hat die Schwester Maud Ethel...

Japan und die Russen. Die „Rölnische Zeitung“ meldet: Ein junger Russe, der früher in Japan studierte, traf in Tokio ein...

Große Unzufriedenheit in Spanien. Die durch die Teuerung hervorgerufene Unzufriedenheit nimmt in Spanien eine deun-

Wilson zum Verhängnis bereit? Der „Genfer Herald“ meldet aus Newyork: Staatssekretär Lansing gab im Senat auf eine...

Die Minengefähr in den australischen Gewässern. Einer Melbourneer Meldung der in Paris erscheinenden „Chicago Tribune“...

Von Stadt und Land.

Aus. 17. Januar.

Nachdruck der Beschlüsse, die durch die Ausschüsse der Reichsregierung...

Kriegsauszeichnungen. Das Eisenerz Kreuz erster Klasse erhielt der Sanitäts-Liuff. Albert Jacob von hier für pflichtgetreue Ausübung seines Samariterdienstes.

Lebensmittelausgabe am Freitag. Morgen Freitag gelangen auf die Bezirk-Lebensmittellisten S für Kinder 1/2, Pfund bzw. 1 Pfund Gries und für Erwachsene 200 Gramm Graupen zur Ausgabe.

Bahn frei im Erzgebirge. Von den durch Schneeverwehung gesperrten Eisenbahnstrecken sind wieder frei geworden: Schleitz-Buchholz, Schönberg bei Pausa-Schleitz, Zwönitz-Böhmisch unterer Bahnhof.

Für die Beamten. Neue einmalige Teuerungszulagen sollen den sächsischen Beamten, Pensionären und Hinterbliebenen von Beamten und Pensionären demnächst wieder gewährt werden.

Gründung eines Bundes der Eisenbahnbeamten. In Gegenwart der Vertreter von etwa 40 Eisenbahnbeamten Fachvereinen, sowie den Delegierten einer größeren Zahl auswärtiger Eisenbahndirektionen wurde in Berlin der Bund der Beamten der preussisch-sächsischen Staats- und der Reichseisenbahnen ins Leben gerufen.

Beschlüsse des sächsischen Landeskulturrates. Der Ständige Ausschuss des Landeskulturrates faßte in seiner Sitzung vom 6. Januar u. a. folgende Beschlüsse: Es ist in Aussicht genommen worden, es solle in der nächsten Sitzung des Ausschusses aus den besetzten Gebieten teilweise zur Pflege...

und zur Verwendung für landwirtschaftliche Arbeiten an die Landwirte im Königreich Sachsen abzugeben. Die Vermittlung wird die Pferdeverkaufsstelle des Landeskulturrates übernehmen. — Es sollen Vorbereitungen getroffen werden, daß bei eintretender Demobilisierung Kraftwagen, Feldseilbahnen, Motorpflüge, Dreschmaschinen und alle anderen landwirtschaftlichen Bedarfsgegenstände für die Landwirtschaft im Königreich Sachsen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden.

Chemnitzer Bankverein. In Bezug auf die mehrfach in verschiedenen Blättern erschienenen Notizen wegen Fusion bezw. Interessengemeinschaft des Chemnitzer Bankvereins mit anderen Bankinstituten finden wir jetzt in auswärtigen Blättern folgende Mitteilung: „Im abgelaufenen Jahre sind von verschiedenen Großbanken Anträge wegen Abnahme einer Interessengemeinschaft an den Bankverein gelangt, die zum Teil vorteilhaft für die Aktionäre erschienen. Im Laufe der Verhandlungen konnte der Bankverein jedoch an keiner dieser Stellen die Gewähr der dauernden Aufrechterhaltung seiner Selbstständigkeit erhalten. Nachdem gerade in letzter Zeit eine Reihe sächsischer Provinzialbanken durch Übernahme seitens der Großbanken ihre Selbstständigkeit eingebüßt haben, auf die der Bankverein aber sowohl aus volkswirtschaftlichen Gründen als auch hauptsächlich im Interesse seiner Kundenschaft ganz besonderen Wert legen muß, so hat er sich den erwähnten Anträgen gegenüber ablehnend verhalten. Mit der Commerz- und Diskontobank in Hamburg/Berlin ist lediglich insofern ein Abkommen getroffen worden, als der Bankverein deren Unterstützung für den Fall außergewöhnlicher Ansprüche gesichert hat. Der im Besitze dieses Institutes befindliche Posten Aktien kann, selbst wenn es sich um ein Mehrfaches handeln würde, keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Geschäftsgrundsätze des Bankvereins ausüben, die nach wie vor in erster Linie darauf basieren, daß er als vollkommen selbstständiges Bankinstitut die Interessen seiner Kundenschaft in der bisherigen Weise, welche sich stets ausgezeichnet bewährt hat, weiter fördern wird.“

Johanngeorgenstadt, 16. Januar. Bei einer Revision der Wäcker wurden bei einem Meister 50 Stollen und 14 Ruchen vorgefunden, die er für Familien gebacken hatte, während bei einem anderen etwa 80 Pfund fertiger Teig zum Stollenbacken für fremde Familien gefunden wurde. Alles ist beschlagnahmt worden.

Zwickau, 16. Januar. Ein geachteter Mitbürger, Baumelster Alfred Rint, ist gestorben. Früher gehörte er längere Zeit der Stadtverordnetenversammlung an. Bis zu seinem Tode war er Vorsitzender der Sächs. Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Sektion 3, umfassend die Kreishauptmannschaft Zwickau. — In der Ausschlußratsitzung der Horchautomobilwerke wurde beschlossen, der Generalversammlung für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Prozent wie im vergangenen Jahre vorzuschlagen.

Leipzig, 16. Januar. Eine polizeiliche Verordnung verbietet wie in anderen Städten so auch in Leipzig jugendlichen Personen unter 18 Jahren den Besuch von Schankwirtschaften, Singspielhallen usw. Die Kontrolle über den Aufenthalt jugendlicher Personen in derartigen Lokalitäten wird durch Polizeibeamte ausgeübt, die ihrer Pflicht jedoch nur unter den größten Schwierigkeiten nachkommen können. So gab ein in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Leipzig als Zeuge geladener Polizeisekretär an, daß bei derartigen Kontrollen die Erwachsenen in der unverantwortlichsten Weise Partei für die jugendlichen Durcheinander nehmen pflegten. Häufig komme es zu Widerlichkeiten und Gewalttätigkeiten. Ja sogar schon mit Messern seien die Beamten bei Ausübung ihres Amtes bedroht worden. Die Durchführung einer recht vernünftigen Maßnahme wird also durch die Unvernunft Erwachsener auf das Äußerste erschwert, ja unmöglich gemacht.

Vermischtes.

Ein Verbrecher von seinen Genossen vergiftet. Am vorigen Sonnabend verhaftete ein Schuhmann in der Wolgaster Straße in Berlin einen Dieb und wollte ihn nach der nächsten Polizeiwache bringen. Als er die Tür ausschloß, ergriff der Verhaftete die Flucht und gab dabei auf den ihn verfolgenden Schuhmann einen Schuß ab, der aber fehlging. Der Beamte machte nun seinerseits von dem Revolver Gebrauch und sandte dem Flüchtigen eine Kugel nach, ohne aber deren Wirkung feststellen zu können, da der Dieb entkam. Jetzt hat dieser Vorgang eine eigenartige Wendung genommen. Es wurde nämlich die Leiche eines angeblichen Selbstmörders im Leichenschauhause eingeliefert, der an Gasvergiftung gestorben war. Bei der Untersuchung der Leiche wurde eine schwere Schußverletzung in der Hüfte festgestellt. Die Kriminalpolizei wurde von dem Vorfall benachrichtigt. Diese erkannte in dem Toten einen alten Verbrecher Braun und ermittelte bald, daß er mit jenem festgenommenen und wieder entwichenen Diebe identisch ist. Die weiteren Feststellungen ergaben, daß Braun von einigen Freunden mit Gas vergiftet worden war. Sie hatten wohl befürchtet, daß der Verletzte sie verraten könne und haben ihn in seiner Wohnung vergiftet.

Verhoffen hat sich Professor Dr. Ludwig Staeck, ein berühmter Spezialist für Ohrenleiden in Erfurt, wegen eines unheilbaren Nervenleidens.

Schwere Explosion in einem österreichischen Spital. Am Montag ereignete sich im Döblicher Militärspital eine schwere Explosion, die 28 Opfer forderte. Ueberdies wurden noch 30 verwundet. In einem Saale hatte ein Zugführer einen Vortrag über die Handhabung von Geschossen und deren Wirkung abgehalten. Eine Granate, die er bei diesem Vortrage benutzte, sollte nach Angabe der Fabrik, aus der sie stammte, ein Blindgänger sein, in Wirklichkeit aber war sie geladen und explodierte. Unter den Verletzten befinden sich viele Reichsdeutsche.

Das Grubenunglück bei Droonitz. Ergänzungsbefehle über das Grubenunglück bei Droonitz, aber das wir schon berichteten, melden, daß nun 23 Leichen geborgen sind und daß der Gedanke an die Rettung der 127 Arbeiter, die...

lich noch im Stollen befindend, hoffnungslos ist. 87 Arbeiter sind lebend gerettet worden.

Das englische Schwein in den letzten Jagen. Der große Londoner Viehmarkt Smithfield gewährt im neuen Jahre den Anblick einer Aukupolonade in aufsteigender Richtung. Das Reitenstehen besorgen nicht die fleischbedürftigen Verbraucher, sondern die viehbedürftigen Metzger, da die Nachfrage den Zutrieb gewaltig übersteigt. Letzterer erreichte am ersten Donnerstag 1918 nicht die Hälfte der Ziffer vom gleichen Tage 1917. Man beruhigt die Deffendlichkeit mit dem Vorgeben, daß die Landwirte ihre Viehbestände nur in Erwartung besserer Höchstpreise zurückhalten; dahinter aber steht die aus den Eröffnungen des Fleischstellenvorsteher Boys sich ergebende Tatsache einer wirklichen Knappheit bis in die Ställe hinein. In einer Beratung des Viehpflegeramtes wurde beschlossen, für London den Dienstag, für das Land den Mittwoch als fleischlosen Tag anzusetzen. Höchstpreise sollen baldigst bestimmt werden. Wenn die Zufuhr sich nicht verbessert, wird Beschlagnahme in Aussicht gestellt. Die Viehzüchter haben umfangreiche Schlachtungen vorgenommen wegen Mangels an Futtermitteln. Schweine sollen nicht mehr gefüttert und durchgehälten werden. „Das Schwein liegt auf dem Sterbebett“, heißt es in einer Mitteilung. Und die letzten Gründe der Fleischnot? Ausbleiben sowohl der Futterstoffe wie des überseeischen Gefrierfleisches — kein Schiffsraum — Unterseeboot.

Kunst und Wissenschaft.

Moderne Sagen. Fritz Wallgraf, deren Vertrag mit dem Berliner Metropol-Theater 1918 abläuft, wird sich nicht auf neue dieser Bühne verpflichten. Die Künstlerin wird vielmehr hauptsächlich in Wien tätig sein. Sie erhielt bereits einen Antrag, der sie auf vier Monate des Jahres für verschiedene Hauptstädte verpflichtet, wo sie in den Rollen der „Zoska“, „Garmen“, „Gardasfürstin“ und „Arlöwin“ auftreten wird. Die Künstlerin erhält für diese vier Monate ein sicher gestelltes Gehalt von 200000 M.

Gen. Rat Prof. Dr. Franz v. Soxhlet, Vertreter der Agrarwissenschaft in der landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule in München, vollendet am 18. Januar sein 70. Lebensjahr. Bekannt ist besonders sein Apparat zur Herstellung sterilisierter Milch für Säuglinge.

Letzte Drahtnachrichten.

Wieder 21000 Tonnen versenkt!

(Amst.) Berlin, 16. Januar. Startes, mit allen Mitteln ausgeübter Gegenwirkung zum Trockfallen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unserer Ubooten 21000 Brutto-registertonnen Handelschiffraum zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen in geschickt durchgeführtem Angriff aus besonders starker Fischdampferfischerung herausgeschossen. Die Mehrzahl der versenkten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Streitzug deutscher Seestreitkräfte durch die Nordsee.

Berlin, 16. Januar. (Amst.) Am 14. und 15. Januar unternahm leichte deutsche Streitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themsemündung bis dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Sperrung bei guter Beobachtung, mit über 300 Schuß unter wirksamer Artilleriefener. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Bei der Erörterung des von Staatssekretär Kühlmann gemachten Vorschlages, für die Vornahme der entscheidenden Bestimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusehen, schmit Herr Trocki sofort die Räumungsfrage an. Er sei der Ansicht, daß die Frage der Regelung der Geschicke der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront. Staatssekretär von Kühlmann erklärte darauf, daß die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer als nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens sei, so müsse er es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes vorgesehene Weile einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, welcher nicht mit Abschluß des allgemeinen Friedens rechte. Weiters Sicherungen als in Artikel 1 vorgeesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauerte, unmöglich aufgegeben werden. Herr Trocki entgegnete, daß er in Regelung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblicken würde. Staatssekretär von Kühlmann wiederholte, daß es unendlich sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Die Dienstagssitzung wurde durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet: Wir haben heute Morgen die Besprechung des Zeitraumes der Räumung zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite keine Eigenheit bestand, auf unsere Darlegungen in irgend einer Weise einzugehen. Wir geben zum zweiten Punkt über, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bezw. der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jetzt militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den stromatischen Betrieb des Landes in Gang zu halten. Wir geben die Zustimmung, daß diese Kräfte in keiner Weise sich politisch betätigen, und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Der Vorsitzende der russischen...

Delegation wandte sich wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu, über die er sich erst völlig Klarheit verschaffen müsse. Staatssekretär von Kühlmann erklärte, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, welcher für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Bewegungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Auf eine militärische Sicherung der Ordnung könne nicht ganz verzichtet werden. Trocki erklärte, er müsse sich zunächst auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischen Ansichten der Bedeutung der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde. In engem Zusammenhang damit stehe die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge und Goatsorten in die besetzten Gebiete. Erst nach dieser Rückkehr könne seiner Ansicht nach die Abstimmung stattfinden.

Staatssekretär von Kühlmann gab die Berechtigung der Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer vertraulichen Besprechung. Staatssekretär von Kühlmann gab Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre allgemeine Zustimmung zum Ausdruck. Eine

vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herbeiführung des prinzipiellen Einvernehmens über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt, es sollen auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

Verhaftung von Rumänen in Petersburg.

London, 16. Januar. Ein amtliches englisches Telegramm aus Petersburg bestätigt, daß das Personal der dortigen rumänischen Gesandtschaft verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht worden ist.

Amerikanische Rüstungen.

Washington, 16. Januar. Auf Ersuchen des Kriegsdépartements brachte der Vorsitzende des Militärausschusses des Senates, im Senat ein Gesetz ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die seit dem 5. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderung des Oberstmarshalls Generalis Crowder zur Ausführung zu bringen, solange der Krieg dauere, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen.

Finnland und die Schweiz.

Bern, 16. Januar. Der Bundesrat hat den schweizerischen Konsul Abo beauftragt, der Regierung in Helsinki zur Kenntnis zu bringen, daß er die Unabhängigkeit und Souveränität des finnischen Volkes anerkenne und bereit sei, mit dieser Regierung in freundschaftliche Beziehung zu treten.

Das schwedische Parlament.
Stockholm, 16. Januar. Der König hat heute den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er die Bemühungen um die Wahrung der Neutralität sowie für Uebergangswirtschaft nach dem Kriege und für das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten besprach, das selbständig gewordene Finnland begrüßte und die Hoffnung auf befriedigende Lösung der Ålandfrage aussprach.

Explosion in einem Schoß.
Budapest, 16. Januar. In Unina Bonyoa, Komitat Krasso Szoreny hat im Hungaria-Schoß, in welchem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Bisher wurden zwei Tote und 35 Schwerverletzte geborgen. Die Zahl der Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

Amtliche Bekanntmachung.

Wegen Reinigung sind unsere Geschäftsräume am Freitag und Sonnabend, den 18. und 19. Januar 1918 nur für dringende Angelegenheiten geöffnet. Für Geburts- und Todesfall-Anzeigen ist das Standesamt am Sonnabend, den 19. Januar 1918 vormittag von 11 bis 12 Uhr offen. Das Ernährungsamt im Stadtkeller bleibt an beiden Tagen vormittag geöffnet.
Aue, den 16. Jan. 1918. Der Rat der Stadt. Schubert, Stadtrat.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlags: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.

TODES-ANZEIGE!
Nach monatelangem, bangem Harren erhielten wir nun die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, unvergesslicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Ernst Max Weidauer
Soldat in einem Res.-Inf.-Regt. Inhaber der Friedrich-August-Medaille in schweren Kämpfen am 1. Juli 1916 in seinem 33. Lebensjahr für Deutschlands Recht und Freiheit den Heldentod erlitten hat.
In tiefer Trauer
August Weidauer und Frau als Eltern
Max Gollisky und Frau geb. Weidauer
Otto Fladerer und Frau geb. Weidauer
Wilhelm Friedrich und Frau geb. Weidauer
Martha verw. Weidauer geb. Dittrich.
Als Du auf Urlaub solltest gehn, erlöste Dich der Tod;
wir konnten uns nicht wiedersehen, ach! so wohl und ruh in Gott!

DANK.
Für die liebevolle Teilnahme und den vielen Blumenschmuck, sowie die Begleitung zur letzten Ruhstätte beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen
Frau Marie Therese Arnold
sprechen wir nur hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Aue, den 16. Januar 1918.

DANK.
Für die zahlreiche, herzliche Anteilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sprechen wir allen unsern herzlichsten, tiefgefühltesten Dank aus. Insbesondere danken wir herzlich den lieben Einwohnern von Klösterlein.
In tiefem Schmerze
Max Schleicher nebst Kindern.
Aue, den 17. Januar 1918.
Dir aber, teure Entschlafene, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in Deine stille Gruft nach.

Sportwagen
gut erhalten, gelb od. weiß, zu taufen gesucht. Ludwig, Wettinerplatz 4.
Vertiko
gebrauchtes, modernes
kauft sofort gegen Barre
Frisor Kössel, Friedr.-Aug.-Str. 9.
Kopfhärwässer
in großer Auswahl
empfiehlt preiswert
Gustav Stern
Färb- u. Verleumdungsabrik, Aue
Weitnerstraße 48 am Westplatz
Ausgeklärte Frauenhaare
tauft hier der Obipe.

Freiunt-
Fleischverkauf Schlachthof Aue
morgen Freitag von 3-1/2
Uhr. Berechtigt sind die Kontrollnummern 1201-1280.
Fleischmarken sind mitzubringen.
Gärtnerlehrling
kann Ostein unter günstigen
Bedingung i. die Lehre treten.
O. Hofmann, Schmölln, S.-Alt.
Einsteller
für meine Geschloßkammer
zum sofortigen Antritt
gesucht.
S. Wolle, Aue i. Sa.
Wie kann man wissen, daß jemand
etwas zu verkaufen hat,
wenn es nicht bekanntgemacht wird?

Allen denen, die uns beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen
des Landsturmmannes
Paul Tippner
liebevolle Teilnahme bezeugten, sagen wir nur hierdurch unsern innigsten Dank.
Aue, den 17. Januar 1918.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Apollo Licht-Spiele
Aue ASS Bahnhofstr.
Freitag bis Sonntag, den 19. bis 21. Januar:
Prinzessin von Neutralien
Ein heiteres Filmspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Henny Porten.
Spitzenchristel.
Ein reizendes Kinderschauspiel in 2 Akten von Hanna Henning. In d. Hauptrolle: Klein Hänschen genannt Krümelchen, Roll u. Lotta.
Leipziger Messe, Aktuell. Masurische Seen, Naturbild.
Wochenl. Anfang 7 Uhr, Einlass 1/2 7 Uhr, Sonntag von 2-5 Uhr: für Kinder und Jugendliche.
Höflichst ladet ein Apollo-Lichtspielhaus.

Kohlenfahrer u. Transportarbeiter,
geübte **Papiergarnspinnerinnen und Weberinnen, sowie Arbeiterinnen**
für leichtere Beschäftigung zum sofortigen Antritt gesucht.
S. Wolle, Aue i. Sa.
Einen Geschirrführer
zum Langholzfahren sucht
Ernst Polter, Meineradorf.

Durchaus perfekte
Schreibmaschinistin
sucht
Ludwig Hübler, Metallwarenfabrik, Beiersfeld.

Tücht. Fräulein
für das technische Büro zur Kontrolle von Rechnungen etc. sucht
Ludwig Hübler, Beiersfeld i. Sa.

Ein 17- bis 18jähr. Arbeiter
sofort gesucht. Christian Becher, Stußfeld, Aue.

Schnitzwerkzeug-Schlosser
von großer Sohlenhoner-Fabrik in Dresden bei gutem Lohn sofort in dauernde angenehme Stellung gesucht. Angeb. mit Gehaltsanspr. an
Sächsische Sohlenhoner- und Stanzwerke,
Dresden-N., Wedderstraße 41.

Nr. 15
Bün
Die Beha
Ge
Der Haupt
Dienstag die Bel
nen in Frank
Wg. Er 3 Be
De die Regierung
sich der Internie
der nordfran
hen. Angenehm
Frankreich versch
Beigerung der f
hen, die Ursache
schrift über ihr
Wesangenenbehan
ten, um wieder
Deutschen gegenü
reich sei die Beh
land werde sie i
General F
der Behandlung
unter allen Sta
tages ist offen a
Regierung nicht
nach Willkür beh
ihre Verhalten n
Bergeltungs
schwere Anrech
Kaffern getan,
st der Anlag ge
rauen und 400
den überzuführe
noch widerrechtli
Alle Vorstellungs
sien unbeachtet
lange festgehalte
Koffer herausgege
recht, was auch d
Verhandlungen i
anderen Nationen
gute Wille war a
tausch der Kriegs
And die Verhand
sch. — In Bern
Siderstand zu
weiter zum Ausst
legten alle mögl
Schweiz hat unse
weh mich der S
hoch noch besinne
Austausch weiter
tere Behandlung
leiten. Am 1. F
zu Frankreich
ten, und ich hof
tger Austau
nen in der Schw
under Familienb
gegenkommen der
Vorschlag, 20 000
wurde von Frank
gen bahn vor, d
Familienväter aus
Zucht vers
eich sehr bestraft
Grund von Verei
Wagnis. In bezu
England im Ein
noch unterstützt we
Sabotage amtliche
retümlichen Zeitu
Schimpfungen, ich
Kriegsgefangenen
Vorstellungen erh
langt; ebenso hat
Unteroffiziere alle
fordert. Diebesga
Hilfsdienst und W
genstand der Ver
Zweifel sein, daß
handlung unferen
weitere Bergeltun
haben 410 000
7000 Offiziere, n
wie die Franzose